



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 24. Ratssitzung vom 23. November 2022

993. 2022/217

Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 01.06.2022:

Berufliche schulische Ausbildungsmassnahmen zur Vorbeugung von struktureller Arbeitslosigkeit bei geflüchteten jungen Menschen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Hannah Locher (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 148/2022): Das Postulat geht auf einen Vorstoss der GLP vom März 2022 zurück, der grundsätzlich das gleiche forderte, wie das nun vorliegende, aber mit einem erheblichen Unterschied. Das Angebot sollte nur für geflüchtete Menschen mit Schutzstatus S geschaffen werden. Damals schien irrtümlicherweise der Glaube zu herrschen, dass Ukrainerinnen und Ukrainer keinen Zugang zu den bereits bestehenden Integrationsangeboten hätten. Der Kanton Zürich kommunizierte rasch, dass die Integrationsangebote des Kantons auch für Menschen mit Schutzstatus S zugänglich seien. Wir von der SP, die Grünen und die AL betonten damals, dass wir die Stossrichtung des Postulats begrüssen, die bestehenden oder zukünftigen Angebote aber allen geflüchteten Menschen in Zürich zur Verfügung stehen müssen. Es darf bei solchen Angeboten keine Sonderregelungen für einen bestimmten Status geben. Die GLP ging damals nicht auf eine entsprechende Textänderung ein und das Postulat wurde nicht an den Stadtrat überwiesen. Daraufhin haben wir im Juni das vorliegende Postulat eingereicht. Die Situation war damals schon angespannt und hat sich seither verschärft. In der ganzen Schweiz besteht eine Zunahme an geflüchteten Menschen. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) verweist geflüchtete Menschen seit einigen Wochen direkt an die Kantone. Einige Kantone haben bezüglich deren Unterbringung den Notstand ausgerufen. Auch im Kanton Zürich ist die Kapazität bald ausgeschöpft. Asylsuchende werden vermehrt sehr schnell den Gemeinden zugewiesen, viele davon der Stadt Zürich. Die kantonalen Integrationsprogramme sind sehr voll und teilweise überlastet. Die Stadt Zürich zeigt sich sehr grosszügig und nimmt viele Menschen auf, darunter viele junge Geflüchtete. Darum braucht es zwingend mehr Integrationsprogramme, die allen zur Verfügung stehen, jungen Ukrainerinnen und Ukrainern genauso wie jungen Afghaninnen und Afghanen, die zurzeit die grösste Gruppe der jungen geflüchteten Menschen ausmachen. Insbesondere bei Jugendlichen, die die Schulfrist schon erfüllt haben, hat ein Versäumnis der raschen Förderung durch Integrationsprogramme grosse negative Nachwirkungen auf ihre beruflichen und privaten Perspektiven. Darum braucht es schulische und berufliche Ausbildungsmassnahmen. Aufgrund der aktuellen Situation ist es notwendig, die bestehenden Angebote auszubauen oder neue zielgerichtete, bedarfsgerechte Programme zu entwickeln. Beides fordern wir in diesem Postulat. Diese Massnahme soll präventiv wirken. Man kann erfahrungsgemäss davon ausgehen, dass besonders junge Geflüchtete langfristig in der Schweiz*



2 / 2

bleiben. Je schneller sie in den Arbeitsmarkt integriert werden können, desto mehr Sozialhilfekosten werden gespart und die bundesrechtlichen Integrationsaufgaben erfüllt, die die Kantone und Gemeinden für Menschen mit Bleiberecht haben.

Susanne Brunner (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 15. Juni 2022 gestellten Ablehnungsantrag: *Die SVP lehnt das Postulat ab, da es überflüssig ist. Das Postulat fordert Angebote, die bereits bestehen und gut funktionieren. Ich möchte daran erinnern, dass der Gemeinderat am 5. Oktober 2022 die Weisung GR Nr. 2022/174 verabschiedet hat. In dieser Sammelweisung zu Arbeitsmassnahmen wurden unter anderem sieben Angebote für Jugendliche mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Gegenüber den letzten vier Jahren wurde die finanzielle Unterstützung ausserdem erhöht. Für eine Vergrösserung des Angebots wurde also bereits gesorgt.*

Das Postulat wird mit 97 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat